

28/9-10

tigen. Gott sei Dank werde dadurch auch die Gefahr gebannt, dass die [kath.] Orte "*se trouvent ... [dans] la nécessité de desobliger sa Saintété ou sa Majesté*".¹ Diese hätten somit gut daran getan, sich mit ihrem diesbezüglichen Entschlusse nicht allzu sehr zu beeilen.

1) Beide Mächte hatten Truppenwerbungen verlangt.

Original, in franz. Sprache
AH 28, 41 - Blatt 41^v leer

10

1662 November

A

SCHREIBEN DER AN DER TAGSATZUNG ZU BADEN [VERSAMMELTEN GESANDTEN DER XIII ORTE] AN DEN FRANZ. KOENIG [LUDWIG XIV.]

Sie möchten ihm, dem König, in Erinnerung rufen, dass er sich laut des nun endgültig bereinigten Bündnistextes verpflichtet habe, ihnen auch in Kriegszeiten jährlich eine Pension auszu zahlen und jenen Orten, die ihm Geld geliehen, die ihnen zustehenden Zinsen zu erstatten. Ferner möchten sie ihn bitten, die Bestimmungen des Traktates von 1650 bezüglich der eidg. Obersten und Hauptleute, die zum Teil bereits entlassen worden seien, zum Teil aber immer noch in seinen Diensten ständen, getreulich einzuhalten. Desgleichen möchten sie ihm die Abmachungen in Erinnerung rufen, wonach er ein Jahr nach dem Friedensschluss gehalten sei, jährlich 400'000 Kronen in die Eidgenossenschaft zu schicken, und dies so lange, bis alle Pensionen, Darlehen und Kontraktgelder - insbesondere die aus den Jahren 1636 und 1637 sowie 1647 und 1648 stammenden - beglichen seien. Im weitem seien je zwei Studenten pro Ort ein jährliches Stipendium zu verabfolgen. Schliesslich verlange man, dass die eidg. Kaufleute auch weiterhin in Frankreich Zollfreiheit genössen. Endlich möchte man ihm bitten, "*dass unss etwas an die Pensionen und Zins bezalt werden, so doch dem Jenigen nit Zuereichen mag,*

28/12

wass seidhero beschlossenenem Pundt verfallen, es an dess übrigen allesse Execution ermanglet".

Die drei oben erwähnten Punkte hätten sie schon in den verschiedensten Memoires angezogen und möchten diesen nun bezüglich der Neutralität der Freigrafschaft Burgund einen vierten anfügen. Da ihnen an diesem letzteren besonders viel liege, hätten sie den a.o. Ambassadoren [Jean] De la Barde gebeten, die Angelegenheit ihm, dem König, ganz besonders ans Herz zu legen.

Nachdem aber De la Barde aus Frankreich wieder in die Eidgenossenschaft zurückgekehrt sei, hätten sie von diesem zwar einige "willfährigkeiten" erfahren dürfen, im übrigen jedoch nur allzu deutlich zu spüren bekommen, dass er, der König, zwar bereit sei, ihnen eine Pension "von aller natur" auszuzahlen, hinsichtlich ihrer weiteren Beschwerden und Forderungen aber zur Zeit keine Zugeständnisse zu machen gewillt sei. An der nun zusammengetretenen Tagsatzung habe sich De la Barde dahin verlauten lassen, dass er einzig die Kompetenz besitze, die erwähnte Pension "mit ainem von den Schuldigen Capitalien verfallnen Zinss, massen auch solche vor wenig wochen guet geben worden ist, abzuerichten. Und danne aine andere von gleicher beschaffenheit, iedoch nit ohne bedingnuss", auszuschütten. Die Obersten und Hauptleute sowie die Kaufleute aber sollten, so habe der Ambassador weiter ausgeführt, ihre Forderungen - habe der König doch bereits in dieser Richtung Anweisungen erlassen - direkt in Frankreich vorbringen. Da mit dem König von Spanien [Philipp IV.] Friedensverhandlungen liefen und ihre Forderung nach Wiederaufrichtung der Neutralität in der Freigrafschaft mit den andern in diesem Komplex zu behandelnden Fragen zusammenhänge, könne er, der König - so hätten sie zum Schluss erfahren müssen - diesem ihrem Begehren vorderhand nicht stattgeben.

Diese Antworten De la Bardes hätten sie nicht richtig befriedigen können. Insbesondere möchte man ihn, den König, daran erinnern, dass sich die Summe der noch nicht bezahlten Pensionen und der ihm geliehenen Kapitalien samt Zinsen nicht nur auf eine, sondern auf mehrere Millionen belaufe. Auch wolle ihnen

28/10-11

nicht recht einleuchten, weshalb sie sich nun, da Frankreich schon einige Jahre im Frieden lebe, mit bloss zwei Pensionen und einigen Zinsen zufrieden geben sollten. Er möge doch bitte bedenken, dass wegen der Ausstände nicht wenige seiner eidg. Freunde in arge Schwierigkeiten geraten könnten. Vor allem aber möchte man ihn bitten, gegenüber den Obersten und Hauptleuten, die zum Teil ihr Leben für die Ehre Frankreichs gelassen, den Vertrag von 1650 einzuhalten und den eidg. Kaufleuten [in Frankreich] ihre Zollprivilegien zu bestätigen. Dass den eidg. Orten schliesslich so viel an der Wiederaufrichtung der Neutralität in der Freigrafschaft liege, habe seinen Grund keinesfalls darin, dem span. König oder jemand anderem zu Gefallen zu sein. Vielmehr gehe es ihnen dabei neben der Sorge um die eigene Ruhe und Sicherheit nicht zuletzt auch darum, dass *"solche neutralitet nun in das Zehente mahl von Ew. Königl. Mayestät Glorwürdigen vorEltern durch Lob. aidtgnossschaft Einschlag vermittelt ... worden"*. Dass sie diese alte Tradition fortzusetzen wünschten, werde er sicher verstehen und ihnen deshalb dieses ihr Begehren erfüllen. Eigentlich hätten sie beabsichtigt, ihm ihre Anliegen durch eine Gesandtschaft vortragen zu lassen. Da sie aber wüssten, mit wievielen Regierungsgeschäften er überlastet sei, hätten sie sich entschlossen, ihm ihre Wünsche schriftlich mitzuteilen.

Kopie
AH 28, 42-44

11

1656 Februar 20., Innsbruck

A

SCHREIBEN VON OBERST SEBASTIAN PEREGRIN ZWYER VON EVIBACH AN
LANDAMMANN UND RAT VON URI

Gestern abend um 6 Uhr sei er hier in Innsbruck angekommen, habe sich unverzüglich bei den erzherzoglichen Ministern angemeldet und um eine Audienz beim Erzherzog [Ferdinand Karl] nachgesucht. Diese sei ihm noch am selben Abend um 10 Uhr *"mit allen gnaden"* gewährt worden. Dem Erzherzog habe er auseinandergesetzt, *"wie*

28/14